

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15

Inhalt

Überschuldung Deutschlands, Steuererhöhungen, Steigerung der Steuer- und Abgabenlast auf 46 Prozent - was Schäuble in seiner 'Erfolgsbilanz' verschweigt, prangert **Ingrid Matthäus-Maier MdB** an.

Seite 1

Wie die Wohnungsbauministerin die ostdeutschen Mieterinnen und Mieter nach der Wahl schröpfen will, decken **Wolfgang Thierse MdB** und **Achim Großmann MdB** auf.

Seite 2

Auch die FDP hat jahrelang die Bekämpfung des Rechtsextremismus blockiert. Kinkel sollte vor seiner eigenen Tür kehren, empfiehlt **Anke Fuchs MdB**.

Seite 3

Wie Bundesrichter Freiherr von Maltzahn unter Umgehung des Einigungsvertrags und eines Urteils seiner Karlsruher Kollegen, unter Mitwirkung der Schweriner Landesregierung an den Gutsbesitz seiner Vorfahren kommen soll, berichtet **Hinrich Kuessner MdB**.

Seite 4

Millionen an deutschen Steuergeldern werden in Osteuropa zum Fenster hinausgeworfen, weil es an Koordinierung und Erfolgskontrolle fehlt, weist **Horst Sieff MdB** nach.

Seite 5

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

49. Jahrgang / 157

17. August 1994

Deutschland überschuldet

Auch durch Hochglanzbroschüren lassen sich Minusrekorde nicht in Erfolge umwandeln

Von Ingrid Matthäus-Maier MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Auch mit seiner aufwendigen, vom Steuerzahler finanzierten Hochglanzbroschüre kann der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Dr. Schäuble nicht die Minusrekorde der Bundesregierung Kohl in Erfolge umwandeln:

- Es wurde nicht gespart: eine hemmungslose Ausgabenpolitik führt 1994 zu Mehrausgaben von rund 60 Milliarden DM gegenüber der ursprünglichen Planung.
- Die Gesamtverschuldung aller öffentlichen Haushalte überschreitet 1994 mit zwei Billionen DM sogar die im Maastrichter-Vertrag genannte kritische Grenze von 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts; Deutschland erfüllt nicht mehr die dort genannten Stabilitätskriterien (1990 noch 1,2 Billionen DM).
- Die Nettoneuverschuldung des öffentlichen Sektors beträgt allein 1994 200 Milliarden DM (1990 noch 107 Milliarden DM).
- Allein für Zinszahlungen muß der Bund 1994 jede fünfte Steuermark ausgeben.
- Entgegen ihren Wahlversprechungen hat die Bundesregierung Steuer- und Abgabenerhöhungen in Höhe von jährlich 116 Milliarden DM beschlossen.
- Die Steuer- und Abgabenbelastung für die Bürger ist von 40 Prozent (1990) auf die bisher nicht gekannte Rekordhöhe von 46 Prozent in 1994 getrieben worden.
- Die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen sind Opfer einer übermäßigen und sozial ungerechten Steuer- und Abgabenbelastung; insbesondere durch die Besteuerung des Existenzminimums und die Finanzierung eines großen Teils der Kosten der deutschen Einheit über die Arbeitslosenversicherung.
- Die Familien kommen immer mehr unter die Räder: Über 500.000 Kinder haben kein anständiges Dach über dem Kopf, über eine Million Kinder leben von der Sozialhilfe.

(-/17. August 1994/hgs/ks)



Die geheimen Pläne der Frau Schwaetzer
Wahltaktik auf Kosten der Mieter

Von Wolfgang Thierse MdB
Stellvertretender SPD-Partei- und stellvertretender Fraktionsvorsitzender und
Achim Großmann MdB
Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Vergleichsmietensystem

Obwohl die von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission die konkreten Vorschläge zur Einführung des Vergleichsmietensystems in Ostdeutschland im kommenden Jahr fix und fertig hat, schweigt sich die sonst so pressefreundige Bauministerin aus. Offensichtlich sollen die Menschen in den neuen Bundesländern erst nach der Bundestagswahl im Oktober erfahren, was die Ministerin in Sachen Mieten plant.

Der Vorschlag der Expertenkommission, soviel ist jedenfalls durchgedrungen, läßt da einiges an Befürchtungen aufkommen. So sieht er zum Beispiel vor, daß "in jedem Fall ... Mietbegrenzungen, die über die Vergleichsmietenregelung selbst hinaus gehen, abzuschaffen" sind. Das gelte sowohl für den Paragraphen 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes (Wucherparagraph) als auch für die Kappungsgrenzen, die das Miethöhegesetz vorschreibt. Noch rigoroser lehnt die Expertenkommission Kappungsgrenzen bei Mieterhöhungen ab, wie sie als Übergangsregelung für das Land Berlin bei der Abschaffung der Mietpreisbindung für Altbauten 1987 eingeführt worden sind.

Damit ist zu befürchten, daß soziale Gesichtspunkte bei der Einführung der Vergleichsmiete in Ostdeutschland eine völlig untergeordnete Rolle spielen werden. Die Kommission nimmt mit ihrem Vorschlag auch bewußt in Kauf, daß es gerade in Ballungszentren wie zum Beispiel Leipzig, Dresden oder Berlin zu stärkeren Mieterhöhungen kommen würde.

Insbesondere die Modernisierungumlage wird die Mieten in den neuen Bundesländern nach oben treiben, wenn sie nicht durch Kappungsgrenzen auf ein sozialverträgliches Maß begrenzt werden. Schon jetzt liegen die Durchschnittsmieten bei Neuvermietung in Städten wie Leipzig bei über 17 DM pro Quadratmeter.

Wie groß die Angst vor einer öffentlichen Debatte der Vorschläge vor der Wahl sein muß, zeigt die Tatsache, daß bisher inhaltlich so wenig von der dreijährigen Arbeit der Expertenkommission nach draußen gedrungen ist sowie das Schweigen der Ministerin auch im zuständigen Bundestagsausschuß. Dieses Schweigen der Bauministerin läßt sich wohl nur als Zustimmung zu den Vorschlägen der Expertenkommission bewerten. Kein Wunder also, warum die Ministerin sich in dieser zentralen wohnungspolitischen Frage bedeckt hält und hofft, die Mieterinnen und Mieter würden es vor der Wahl schon nicht merken.

Mangels ausreichenden Datenmaterials wird daher zunächst ein administrativ gesetzter Mietspiegel zu entwickeln sein (Tabellenmiete). Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird nur ein Vergleichsmietensystem in Ostdeutschland einführen, das folgenden Kriterien genügt:

- Eine bloße Übertragung des westdeutschen Vergleichsmietensystems kann es nicht geben. Ohne geeignete soziale Begrenzungen (etwa niedrigere Kappungsgrenzen bei Wiedervermietungen) käme es zu sozial nicht tragbaren Mietsteigerungen.
- Auch für Mieterhöhungen im Bestand ist die Einführung einer abgesenkten Kappungsgrenze (in Westdeutschland zur Zeit 20 Prozent bis 30 Prozent innerhalb von drei Jahren) notwendig.
- Zu berücksichtigen sind die Einkommensstrukturen und der Wohnungsstandard in den neuen Ländern.
- Wegen der immer noch höheren Betriebskosten müssen Mietspiegeln die Bruttokaltmieten zugrunde gelegt werden.

- Schon heute liegen selbst bei preisgebundenen Wohnungen die Mieten teilweise höher als in vergleichbaren westdeutschen Städten. Ein Mietspiegel, der dies vernachlässigt, ist nicht akzeptabel.

Privatisierung

Völlig anders stellt sich dagegen die Informationspolitik von Frau Schwaetzer bei der Wohnungsprivatisierung nach dem Altschuldenhilfegesetz dar. Hier läßt sie nichts unversucht. Sie reist sogar in die neuen Länder und berät kaufinteressierte Mieter persönlich. Ein Aufwand, der in krassem Mißverhältnis zum Erfolg steht.

Gerade zehn Prozent der zu veräußernden Wohnungen sind derzeit privatisiert worden, trotz aufwendiger Privatisierungsmodelle des Bundesbauministeriums. Frau Schwaetzer rechnet den Kauf der Wohnungen durch Mieter schön, indem sie anhand unrealistischer Zahlen den Mietern weismachen will, daß Kauf billiger komme als die Miete.

Die Ministerin als Mitglied der "Partei der Besserverdienenden" will offenbar nicht zur Kenntnis nehmen, daß die Einkommensverhältnisse der großen Mehrheit der Menschen in Ostdeutschland völlig anders sind als bei ihrer Wählerklientel. Auch die unsicheren Zukunftserwartungen und häufig schwer kalkulierbaren Kaufrisiken lassen Mieter vom Kauf ihrer Mietwohnung Abstand nehmen. Einsichtige Gründe, doch die Ministerin hat die wahren Schuldigen für sich ausgemacht: Es seien die Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften, die die Privatisierung bewußt blockierten und die Ängste der Mieter schürten, so die Ministerin Anfang August.

Daß sowohl der Gesamtverband der Wohnungswirtschaft als auch der Deutsche Mieterbund die Privatisierungseuphorie der Ministerin alles andere als teilen, läßt Frau Schwaetzer ebenso unbeeindruckt wie die Tatsache, daß alle Mitglieder im Lenkungsausschuß außer den Vertretern der Bundesregierung sich für die Anerkennung von Aus- beziehungsweise Neugründungen von Genossenschaften als Erfüllung der Privatisierungspflicht ausgesprochen haben. Nach wie vor scheitern diese sinnvolle Regelung am Veto der Bauministerin.

Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird neben weiteren Maßnahmen die Aus- und Neugründung von Genossenschaften als Privatisierung im Sinne des Altschuldenhilfegesetzes ermöglichen.

Die Mieterinnen und Mieter haben es am 16. Oktober 1994 mit ihrer Stimmabgabe in der Hand, der unsozialen Wohnungs-Politik dieser Bundesregierung eine Absage zu erteilen.

Wir sagen den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl, was wir nach der Wahl politisch umsetzen werden.

(-/17. August 1994/hgs/ks)

Wer hat den Boden für das Mannheimer Urteil bereitet? Beim Rechtsextremismus muß die FDP vor der eigenen Türe kehren

**Von Anke Fuchs MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion**

Es ist ein starkes Stück, wenn der FDP-Parteivorsitzende Klaus Kinkel nun der Öffentlichkeit vormachen will, die SPD sei für die Blockade wichtiger Maßnahmen zur Bekämpfung des Extremismus, insbesondere des Rechtsextremismus verantwortlich. Genau das Gegenteil ist richtig. Am Widerstand auch der FDP ist gescheitert, daß noch vor der Sommerpause ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion beraten werden konnte, der im wesentlichen folgendes vorsieht:

1. Erweiterung und Präzisierung des Verbots der Verbreitung rechtsextremistischer Propagandamittel in Paragraph 26 StGB.
2. Die Einbeziehung rechtsextremistischer Umgehungsymbole in Paragraph 86 a StGB und
3. die Erweiterung und Präzisierung des Straftatbestandes der Volksverhetzung in Paragraph 130 StGB, die insbesondere das Leugnen des Holocaust unter Strafe stellt.

Die angeblich so liberale FDP hat diese Initiative mitabgeblockt und auf das Verbrechensbekämpfungsgesetz verwiesen, das in vielen Punkten von der Bundesratsmehrheit für verfassungswidrig erachtet wird.

Schon vor 12 Jahren hat die SPD-Bundestagsfraktion entsprechende Gesetzentwürfe vorgelegt, die dem Rechtsextremismus den Boden entzogen hätten. Damals hieß es bei der Ablehnungskalition aus CDU/CSU und FDP, die freie Meinungsäußerung dürfe nicht eingeschränkt und die Verteidigungsverbrechen an Deutschen könnten nicht außer Betracht gelassen werden. Es ist also in Wirklichkeit so, daß die Rechtskoalition seit 12 Jahren wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Rechtsextremismus blockiert hat.

Wenn die Vertreter der Regierungskoalition sich heute zu Recht über das nicht hinzunehmende Urteil des Verwaltungsgerichts Mannheim erregen, dann müssen sie sich die Frage gefallen lassen, ob sie dieses Urteil überhaupt erst ermöglicht haben, da sie schon vor 12 Jahren die entsprechenden und notwendigen Gesetzentwürfe der SPD abgelehnt haben.

Klaus Kinkel darf die Wirklichkeit nicht verdrehen. Im übrigen wäre es eine dankbare Aufgabe für ihn, wenn er sich im Bundeskabinett dafür einsetzen würde, daß diese Bundesregierung die Partei "Die Republikaner" endlich als rechtsextremistisch einstuft, wie dies auch bei den einzelnen Landesregierungen die Regel ist.

(-/17. August 1994/hgs/fr)

Die alten Gutsherrn melden sich **Sonderbehandlung für Bundesrichter Frhr. von Maltzahn**

Von Hinrich Kuessner MdB

Nun ist es so weit. Die Treuhandanstalt hat mir in einem Schreiben mitgeteilt: Der Pachtvertrag für Freiherr von Maltzahn über circa 300 ha wird gegenwärtig erarbeitet und danach übergeben werden.

Herr von Maltzahn ist Bundesrichter in Karlsruhe. Er ist kein Landwirt und will selbst auch nicht Landwirtschaft betreiben. Er bleibt Richter. Für die Bewirtschaftung will er einen Verwalter einsetzen.

Am 24. Februar 1992 stellte Herr von Maltzahn einen Pachtantrag über 600 ha landwirtschaftliche Nutzfläche zur Errichtung eines Marktfruchtbetriebes. Herr von Maltzahn ist Nachkomme eines durch die Bodenreform enteigneten Gutsbesitzers. Einigungsvertrag und auch ein Urteil von Karlsruhe sagen klar aus, daß kein Rechtsanspruch für Bodenreformenteignete auf Rückgabe besteht.

Trotzdem erarbeitet die BVVG jetzt einen Pachtvertrag, mit dem der GbR Freese/Radloff bei Altenreptow/Mecklenburg-Vorpommern 300 ha landwirtschaftliche Nutzfläche aus der Bewirtschaftung entzogen werden. Damit werden wirtschaftliche Chancen ostdeutscher Landwirte verschlechtert. Vor allem werden die Bauern in Ostdeutschland wieder einmal verunsichert. Denn man muß befürchten, daß den Alteigentümern weitere Flächen aus bestehenden ostdeutschen Betrieben verpachtet und später verkauft werden.

Die CDU- und FDP-Landesregierung in Schwerin hat große Worte für die Erhaltung der Bodenreform gefunden. Leider zeigt sich jetzt, daß die Aussagen gegenüber der Treuhandanstalt nicht eindeutig waren. Die Treuhandanstalt teilt mir mit, daß Ministerpräsident Seite sich in einer Stellungnahme vom 16. Dezember 1993 für die Verpachtung an von Maltzahn ausgesprochen hat. So heißt es im Treuhandschreiben: "Vom Land wurde vorgeschlagen, gegenwärtig von einer Flächenbereitstellung in der Größe von 300 ha für Frhr. von Maltzahn abzusehen. Eine Vergabe von landwirtschaftlicher

Flächen dieser Größenordnung an Herrn von Maltzahn sollte frühestens zum Wirtschaftsjahr 95/96 erfolgen.* Sie sollte also nach Meinung von Ministerpräsident Seite grundsätzlich erfolgen.

Das ist eine eindeutige Stellungnahme für die Alteigentümer und gegen die Interessen der Bauern in Mecklenburg-Vorpommern. Ministerpräsident Seite hält damit nicht an der Bodenreform fest. Auch hier macht er nur eine Politik von Kohls Gnaden. Und diese Politik will seit der Einheit Deutschlands den Einigungsvertrag in diesem Punkt unterlaufen.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Alteigentümer noch vor den Wahlen am 16. Oktober 1994 ihre Interessen absichern wollen. Denn sie wissen, daß eine SPD-Mehrheit in Bund und Land dieses Spiel nicht mitmachen wird. CDU und FDP zeigen sich als eindeutige Interessenvertreter dieser Alteigentümer. Sie schaden damit der Entwicklung ostdeutscher Landwirtschaftsbetriebe. Sie vernichten damit weitere Arbeitsplätze im ländlichen Raum in Mecklenburg-Vorpommern.

(-/17. August 1994/hgs/ks)

Millionen sinnlos fehlgeleitet
Keine finanziellen Hilfen ohne Erfolgskontrolle

Von Horst Sielaff MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Welternährung - Weltlandwirtschaft - Weltforstwirtschaft

Da die Koordination der Hilfsprojekte, die unter den verschiedenen Ministerien vorgenommen werden, offensichtlich nicht funktionierte, hat die Bundesregierung vor geraumer Zeit den früheren Staatssekretär Kittel als Beauftragten für die Beratung in Osteuropa ernannt. Von dessen Arbeit ist vor Ort allerdings ebenso wenig zu sehen wie in der Bundesrepublik selbst.

Sachgemäße Koordinierung oder ein klares Konzept für aufeinander abgestimmte Hilfen? In Kasachstan und Kyrgysztan, wie auch von mir schon in anderen Staaten aufgezeigt, keine Rede davon! Statt dessen stellt sich die Situation eher als eine Art Hilfs-Chaos dar. Einerseits werden Millionenbeträge zur Verfügung gestellt, die dann aber nicht abgerufen werden, andererseits fehlen bei sinnvollen Projekten kleine Beträge, um diese mit vergleichsweise großem Nutzen zu realisieren.

Meine seit Jahren erhobene Forderung, alle Hilfen zu koordinieren und aufeinander abzustimmen und Erfolgskontrollen bei den einzelnen Projekten durchzuführen, wurde in den Wind geschlagen; ein teures Versäumnis! Millionen von Steuergeldern werden weiterhin sinnlos fehlgeleitet.

Beispiele dafür gibt es en masse:

1993 wurden Kyrgysztan für die finanzielle Zusammenarbeit über die Kreditbank für Wiederaufbau 15 Millionen DM zugesagt, im Rahmenplan 1994 wurden für 1994 20 Millionen vorgesehen und für 1995 weitere Finanzmittel in Aussicht gestellt. Das Sektorprogramm Textilwirtschaft stellt für die Lieferung von Ersatzteilen für Textilmaschinen fünf Millionen, das Programm Landwirtschaft zur Verbesserung der Ersatzteilversorgung der kirgisischen Landwirtschaft (zum Beispiel für Futtererntemaschinen und Mährescher) ebenfalls fünf Millionen DM zur Verfügung.

Zum aktuellen Stand des Projektes im Textilbereich konnten wir erfahren, daß es sich "in Vorbereitung" befindet, wohingegen das Sektorprogramm Landwirtschaft angeblich schon durchgeführt wird.

Niemand konnte uns vor Ort jedoch zeigen oder genau mitteilen, wer nun Mittel und in welcher Höhe erhält oder erhalten hat. Stattdessen waren konkrete Besuche vor Ort schlichtweg zum Haare raufen. Es wurde von einer Lieferung von Nähmaschinen berichtet, die in einem Betrieb ungenutzt herumstehen, weil der Betrieb seine Arbeit eingestellt hat. Im Gespräch mit praktizierenden Landwirten die für landwirtschaftliche Maschinen dringend Ersatzteile benötigen um die Ernte einbringen zu können, mußten wir feststellen, daß die Vertreter der Landwirte vom Programm der Bundesrepublik niemals gehört hatten. Im Landwirtschaftsministerium wurde bestätigt, daß bisher noch kein einziges Ersatz

teil gekauft oder geliefert worden ist. Es wird also wieder einmal ein Teil der Ernte auf den Feldern verkommen.

Erst nach sehr deutlichen Worten und der Drohung in den anstehenden Haushaltsberatungen für die Einstellung der Gelder zu sorgen, versprach der stellvertretende Landwirtschaftsminister eine Überprüfung des Programmes und die Zusendung der Ergebnisse. Stellt sich doch die Frage, ob schon mal ein Regierungsmitglied oder ein Mitarbeiter der Bundesregierung versucht hat, wirklich etwas über den Verbleib der Hilfe zu erfahren.

In Kasachstan baut die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) im Namen des Bundesinnenministeriums ein "Haus der Deutschen". In diesem Gebäude sollen vorwiegend Büroräume entstehen, die dann vermietet werden. Von den Mieteinnahmen plant der "Rat der Deutschen" seine Arbeit zu finanzieren. Als Mieter stellt man sich eine Reihe von Wirtschaftsunternehmen bis zum Goethe-Institut vor. Dazu hat man sich nun in den Kopf gesetzt, man brauche ein Cafe oder Restaurant gehobener Kategorie, wo auf Devisenbasis gut gespeist werden kann, was selbstverständlich zusätzliche Finanzmittel notwendig macht. Außerdem soll - so der Vorsitzende des Rates der Deutschen - im Keller eine richtige Druckerei entstehen, wofür ebenfalls noch das Geld fehlt. Gott sei dank - so erfahren wir - haben die Verantwortlichen des Bundesinnenministeriums zu Recht Bedenken gegen diese völlig überzogenen und wahrwitzigen Pläne. Ein Cafe im Deutschen Haus als "Managertreff", das die Deutschstämmigen, für die es gedacht ist, mangels Devisen nicht besuchen können, wäre wohl ein echter Schuß in den Ofen.

Damit nicht der Eindruck entsteht, es liefe alles aus dem Ruder seien als Beispiele für eine erfolgreiche Durchführung von Projekten das Beratungsprogramm für Fach- und Führungskräfte der für den Bereich Arbeitsmarkt und soziale Sicherung zuständigen Verwaltungen in Kyrgysztan; für das die GTZ verantwortlich zeichnet und die Dolmetscherkurse und Diplomatenausbildung für Mitarbeiter in Verwaltung und Regierung Kyrgysztans genannt.

Ein hervorragendes Projekt ist auch der Bau einer Sozialstation in Tokmak und Sokuluk in Kyrgysztan durch den Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) aus bundesdeutschen Kassen. Da Kranke, Alte und Rentner keine Unterstützung vom Staat erhalten (die Renten können aus Geldmangel nicht ausgezahlt werden) erscheint diese Maßnahme besonders sinnvoll. Diese Menschen werden derzeit medizinisch kaum versorgt, leiden vielfach Hunger und wissen nicht, wie sie durch den bevorstehenden Winter kommen sollen.

In Tokmak wird dieses Projekt mit eigenen Finanzmitteln des Rayons unterstützt. Ärztliche Versorgung und Essen auf Rädern für die Ärmsten stehen hierbei im Vordergrund. Für den Winter sollen vorübergehend zusätzliche Schlafmöglichkeiten für diejenigen geschaffen werden, die im Winter die Heizkosten nicht aufbringen können und erfrieren würden.

Für die Realisierung dieses Projektes wird noch dringend Geld benötigt, das durch Umschichtung von Finanzmitteln aus anderen Bereichen zur Verfügung gestellt werden könnte. Die hier noch bestehenden bürokratischen Hürden in der Bundesrepublik Deutschland müssen schnellstens abgebaut werden.

Kyrgysztan braucht auch deshalb so dringend Hilfe, weil die Situation in Tadschikistan kritisch ist und die Islamisierung durch Fundamentalisten fortschreitet. Der Drogenhandel von Afghanistan über Usbekistan und Tadschikistan nimmt bedrohliche Formen an. Wer diesen vergessenen Schmelbrand mit all seinen Auswirkungen nicht zum Brennen kommen lassen will, muß wirksame politische und finanzielle Hilfe leisten.

Die Bundesregierung ist damit aber nicht aus der Verantwortung entlassen, die bundesdeutschen Mittel koordiniert, effektiv und kontrolliert einzusetzen. Ihr Lieblingsspruch "Tue Gutes und rede möglichst viel darüber" muß sich als Gewissensberuhigung entlarven lassen, wenn es an der Bereitschaft fehlt, energisch und konsequent vor Ort über die Vergabe der Mittel zu wachen.

(-/17. August 1994/hgs/ks)
